

18.08.2023**Drucksache 141/23**

Richtlinie zur Gewährung von Verdienstaussfall für mandatsbedingte Tätigkeit

Gremium	Sitzungsdatum	Beschlusststatus	Beratungsstatus
Kreisausschuss	18.09.2023	Beratung	öffentlich
Kreistag	19.09.2023	Beratung	öffentlich
Kreisausschuss	06.11.2023	Empfehlungsbeschluss	öffentlich
Kreistag	07.11.2023	Entscheidung	öffentlich

Organisationseinheit Rechtsangelegenheiten und Vergaben**Berichterstattung** Kreisdirektor Mike-Sebastian Janke

Budget	01	Zentrale Verwaltung
Produktgruppe	01.03	Sitzungsdienst, Kreisverfassung, Ehrungen
Produkt	01.03.01	Sitzungsdienst und Kreisverfassung

Haushaltsjahr	Ertrag/Einzahlung [€]
	Aufwand/Auszahlung [€]

Klimarelevante Auswirkungen ☒ keine ☐ positive ☐ negative**Umfang der Auswirkungen** Erläuterung siehe Sachbericht**Beschlussvorschlag**

Die der Drucksache als Anlage 1 beigefügte Richtlinie des Kreises Unna über den Ersatz des Verdienstaussfalls der Mitglieder des Kreistages, des Kreisausschusses und der Ausschüsse (Verdienstaussfallersatzrichtlinie) wird beschlossen.

Der Landrat wird beauftragt, diese entsprechend umzusetzen.

Sachbericht

Im Zuge der Sach- und Ordnungsprüfung 2020/2021 der Stabsstelle Büro Landrat, Kreistag, Gleichstellung (LK) wurde seitens der Stabsstelle Rechnungsprüfungsangelegenheiten empfohlen, von Selbstständigen einen qualifizierten Nachweis für entstandenen Verdienstaufschlag zu fordern. Die Prüfung und Feststellung des durch den Steuerberater bestätigten Stundensatzes müsse aufgrund der wöchentlich angegebenen Arbeitsstunden und dem jährlich zu versteuernden Einkommen nachvollziehbar sein.

Vor dem Hintergrund der sich anschließenden, auch öffentlichen Diskussionen, unter anderem in den lokalen Medien, beschloss der Kreistag am 14.12.2021 auf Antrag der SPD-Fraktion einstimmig, die Forderung des qualifizierten Nachweises für Selbstständige, die einen höheren Stundensatz als den Regelstundensatz beanspruchen, in der Hauptsatzung des Kreises zu verankern (vgl. § 9 Abs. 2 der Hauptsatzung). Mit der Klärung, wie ein solcher Nachweis aussehen kann sowie mit der Erstellung einer entsprechenden Handreichung für die Mandatsträger*innen (Verdienstaufschlagrichtlinie), wurde nachfolgend eine Rechtsanwaltskanzlei beauftragt.

Parallel zur Erarbeitung der Verdienstaufschlagrichtlinie war seitens des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung (MHKDB) bereits Anfang 2022 eine grundlegende Überarbeitung der Entschädigungsverordnung (EntschVO NRW) angekündigt worden, die ebenfalls für mehr Klarheit und Transparenz bei der Geltendmachung und Berechnung von Ansprüchen auf Verdienstaufschlag sorgen sollte. Da die angekündigte Neuregelung bis Juli 2023 noch nicht in Kraft getreten war, wurde kreisseitig entschieden, die Richtlinie nunmehr ohne die Neufassung der EntschVO NRW zu finalisieren (siehe Anlage 1 der Drucksache).

Seit Anfang August liegt nunmehr eine neue Entwurfsfassung der EntschVO NRW vor, die zum 01.01.2024 in Kraft treten soll. Die Verdienstaufschlagrichtlinie wurde bereits an diesen Entwurf angepasst.

Zurzeit läuft das Beteiligungsverfahren der Spitzenverbände für die Neufassung der EntschVO. Die Mitgliedskommunen (Städte, Gemeinden und Kreise) wurden zu einer Stellungnahme aufgefordert; von dieser Möglichkeit hat auch der Kreis Unna Gebrauch gemacht. Eine Änderung der Entwurfsfassung, die wiederum eine Anpassung der Richtlinie des Kreises erforderlich machen würde, ist vor diesem Hintergrund nicht ausgeschlossen.

Daher werden der Entwurf der Richtlinie und die darauf basierenden, neu gefassten Antragsunterlagen für die Geltendmachung von Verdienstaufschlag, Haushaltsentschädigung und Kinderbetreuungsaufwand für die Sitzungen des Kreisausschusses am 18.09.2023 und des Kreistages am 19.09.2023 zunächst zur Beratung eingebracht. Die Beschlussfassung erfolgt, sobald die endgültige Fassung der Entschädigungsverordnung vorliegt.

Anlagen

1. Richtlinie des Kreises Unna über den Ersatz des Verdienstaufschlags der Mitglieder des Kreistages, des Kreisausschusses und der Ausschüsse (Verdienstaufschlagsrichtlinie)
2. Antrag auf Ersatz von Verdienstaufschlag
3. Antrag auf Haushaltsentschädigung
4. Antrag auf Erstattung von Betreuungsaufwand
5. Anwesenheitsliste (neu)
6. Gutachten Rechtsanwaltskanzlei

